

**Dringlichkeitsantrag**

des NEOS Landtagsklub (Erstantragstellerin LA Susanna Riedlsperger )

betreffend: **Nulllohnrunde für Tiroler Politiker**

Der Landtag wolle beschließen

**„Die Landesregierung wird aufgefordert, einen Gesetzesentwurf zum Tiroler Landes-Bezügegesetz zu erarbeiten, der eine mit dem Bund vergleichbare Nulllohnrunde für Tiroler Politiker:innen für das Jahr 2026 vorsieht und diesen dem Landtag ehestmöglich zur Beschlussfassung vorzulegen.“**

**Zuweisungsvorschlag:**

Bei Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge der Antrag gem. § 27 Abs.3 GO-LT dem Finanzausschuss zugewiesen werden.

**Begründung:**

Die Bundesregierung hat jüngst angekündigt, im kommenden Jahr die Gehälter von Bundespolitiker:innen nicht an die Inflation anzupassen. Betroffen davon sind unter anderem der Bundespräsident, Regierungsmitglieder, Staatssekretär:innen, Nationalratsabgeordnete und Bundesratsmitglieder. Damit setzt die Politik auf Bundesebene ein klares Zeichen, dass auch sie bereit ist, ihren Beitrag zur Budgetkonsolidierung zu leisten.

Gerade in Zeiten massiver Teuerung und hoher öffentlicher Verschuldung erwarten die Bürger:innen zu Recht, dass auch die Landespolitik mit gutem Beispiel vorangeht. Die Bezüge von Landespolitiker:innen sind von den Plänen des Bundes nicht umfasst. Eine Aussetzung der Valorisierung kann nur durch einen Beschluss des Tiroler Landtages erfolgen. Eine solche Nulllohnrunde ist rechtlich möglich und wurde in anderen Bundesländern, etwa in der Steiermark, bereits umgesetzt.

Die finanzielle Lage Tirols ist angespannt, die Verschuldung steigt weiter an. Vor diesem Hintergrund ist es ein Gebot der Stunde, auch im Land Tirol auf eine automatische Inflationsanpassung der Politiker:innengehälter zu verzichten. Damit würde die Politik glaubwürdig vorleben, dass Sparsamkeit nicht nur eingefordert, sondern auch selbst praktiziert wird.

Die Dringlichkeit ergibt sich aus der Tatsache, dass es eine rasche Änderung des Gesetzes und in weiterer Folge eine alsbaldige Beschlussfassung im Tiroler Landtag benötigt, um die Nulllohnrunde für Politiker zeitnah einzuführen.

Innsbruck, am 18. Juli 2025